



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Demografischer Wandel: Herausforderung und Chance

«Es geht nicht um das offizielle Rentenalter. Worauf es ankommt, ist der Wert, den wir der Arbeitszeit beimessen. In einem wirklich integrativen Arbeitsmarkt mit anspruchsvoller Arbeit werden die Menschen länger aktiv sein wollen – und können. Die Tatsache, dass zufriedene Menschen produktiver sind, sollte als wichtiger Wachstumsfaktor in vollem Umfang anerkannt werden.»

Leila Kurki, Vorsitzende der EWSA-Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft

Einleitung

Die Bevölkerung in Europa verändert sich. Der Anteil älterer Menschen nimmt zu, da die "Baby-Boom"-Generation der Nachkriegszeit das Rentenalter erreicht. Die Lebenserwartung steigt jedes Jahr um etwa zwei bis drei Monate. Die Anzahl der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, nimmt jährlich um etwa 2 Millionen zu – und damit doppelt so schnell wie noch vor 2007.

Andererseits steigt die Geburtenrate, die jahrelang gesunken war, nun langsam wieder an: von weniger als 1,45 Kindern auf 1,6 Kinder pro Frau. Für eine demografische Erneuerung ist jedoch eine Geburtenrate von 2,1 Kindern notwendig.

Derzeit beruht das Bevölkerungswachstum in Europa vor allem auf Einwanderung. Zwischen ein und zwei Millionen Bürger aus Drittstaaten kommen jedes Jahr in europäische Länder, und auch die Mobilität innerhalb der EU hat zugenommen. Bis 2060 wird sich der Anteil an Migranten und deren Nachkommen verdoppeln.

Weshalb besteht Handlungsbedarf?

Mit einer alternden Bevölkerung besteht die Gefahr, dass weniger Arbeitnehmer für mehr Rentner, junge Menschen und Arbeitslose, die Unterstützung erhalten, aufkommen müssen. Die Sozialsysteme sind hierzu nicht in der Lage.

Ungeachtet der Tatsache, dass mehr als 23 Millionen Menschen in der EU nach Arbeit suchen, nimmt die Beschäftigungsrate unter

älteren Arbeitnehmern (Gruppe der 55- bis 64-Jährigen) zu und belief sich 2009 auf 46,0%. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat jedoch darauf hingewiesen, dass viel mehr ältere Menschen, die arbeiten könnten und gerne arbeiten würden, entweder aufgrund von Vorurteilen oder wegen erzwungener Frühverrentung vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Ältere Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sind doppelt so häufig von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Obwohl immer mehr Frauen in den Arbeitsmarkt eintreten, ist ihre Beschäftigungsrate noch immer geringer als diejenige von Männern.

Die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen ist auf Rekordhöhe, obwohl es Anzeichen dafür gibt, dass der durch die Wirtschaftskrise im ersten Halbjahr 2009 verursachte dramatische Anstieg allmählich abflaut. Im Juli 2011 betrug die Jugendarbeitslosenquote in der EU-27 20,7%.

Maßnahmen der Europäischen Union

In ihrer Mitteilung *Die Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU bewältigen* (2009) fordert die Kommission in zahlreichen Politikbereichen Maßnahmen, die auf EU-Ebene koordiniert werden sollten.

In ihrem jüngeren *Demografiebericht* erklärt die Kommission, dass die "Zukunft Europas ... von seiner Fähigkeit abhängt, das große Potenzial der beiden am schnellsten wachsenden

«Zur Bewältigung der demografischen Herausforderung bedarf es in Europa einer prosperierenden, dynamischen Wirtschaft mit steigender Produktivität», so die Europäische Kommission. Viele Mitgliedstaaten stecken jedoch tief in der Krise und schaffen den Wiederaufschwung zum Teil deswegen nicht, weil es für bestimmte Personengruppen schwieriger ist, eine Arbeit zu finden. Die Rückkehr zu Wirtschaftswachstum bedeutet, einen integrativen Arbeitsmarkt zu schaffen, der das Beschäftigungspotenzial Aller, unabhängig vom Alter oder Hintergrund des Einzelnen, ganz ausschöpft.

Bevölkerungsgruppen, der älteren Menschen und der Immigranten, zu nutzen“.

Junge Menschen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen und Arbeitnehmern lebenslanglich eine Anpassung ihrer Qualifikationen zu ermöglichen – das sind zwei der prioritären „Leitinitiativen“ der Europa-2020-Strategie, die eine Reihe von Vorschlägen enthält. Um diesem Thema mehr politische Bedeutung zu verleihen, hat die EU 2012 zum Europäischen Jahr des aktiven Alterns erklärt.

Der Standpunkt des EWSA

Der EWSA hat kürzlich drei wichtige Stellungnahmen zum demografischen Wandel verabschiedet. In der Stellungnahme *Die Zukunft des europäischen Arbeitsmarktes – auf der Suche nach einer wirksamen Reaktion auf die demografische Entwicklung* (2011) wird hervorgehoben, dass bessere Arbeitsbedingungen und bessere Arbeitsplatzaussichten älteren Menschen und anderen benachteiligten Gruppen zu größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit verhelfen würde. Die Regierungen werden zu einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik aufgerufen.

Durch den zunehmenden Anteil älterer Menschen wird sich die „demografische Abhängigkeitsquote“ bis 2050 verdoppeln – ein Umstand, der vielfach als Belastung für die Sozialversicherungen und Renten gesehen wird. Tatsächlich ist es aber die „ökonomische Abhängigkeitsquote“ (der Anteil an Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind im Verhältnis zu denjenigen, die arbeiten und Steuern zahlen) die sich auf den Wohlstand auswirkt. Zurzeit ist die ökonomische Abhängigkeitsquote doppelt so hoch wie die demografische Abhängigkeitsquote derjenigen, die 65 Jahre und älter sind. Dies liegt zum großen Teil daran, dass Millionen von Menschen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) keine Arbeit haben. Wären in dieser Bevölkerungsgruppe mehr Personen erwerbstätig, würde die Alterung der Gesellschaft ausgeglichen.

Der EWSA spricht sich dagegen aus, ältere Menschen durch Rentenkürzungen oder Anhebung des Rentenalters in ein Beschäftigungsverhältnis zu drängen. Stattdessen sollte die Politik die Erwerbstätigkeit fördern, indem mehr anspruchsvolle und adäquat bezahlte Arbeitsplätze mit Sozialbeiträgen und angemessenen Arbeitsbedingungen zur Verfügung gestellt und lebenslanges Lernen sowie Fortbildungsmaßnahmen weiter vorangetrieben werden. „Ältere und jüngere Arbeitnehmer sind nicht einfach gegeneinander austauschbar“, heißt es in der Stellungnahme: jüngere Menschen sind womöglich flexibler, ältere verfügen dafür über unschätzbare Erfahrungen.

Zugleich bietet der demographische Wandel auch neue Chancen für die „Seniorenwirtschaft“. Ältere Menschen verfügen über immer mehr Kaufkraft, die sie insbesondere in Bereichen wie Freizeit, Tourismus und Gesundheitswesen zu einer wichtigen Verbrauchergruppe werden lässt. Weil sie länger fit und gesund bleiben, sind sie bereit und in der Lage, auch nach Erreichen des offiziellen Rentenalters länger im Erwerbsleben zu bleiben.

Ein nicht unerhebliches beträchtliches Hindernis, wenn ältere Menschen Arbeit suchen, sind Vorurteile. Der EWSA fordert Sensibilisierungskampagnen, um Stereotypen zu begegnen und das Älterwerden positiv umzudeuten.

Anpassung der Arbeitsorganisation

Nach Auffassung des EWSA „geht es nicht nur darum, Arbeitsplätze gezielt auf Ältere abzustimmen“. Die Organisation der Arbeit sollte alle Gruppen von Arbeitnehmern, auch behinderte Menschen, umfassen und auf die sich verändernden Bedürfnisse der Menschen im Laufe ihres Arbeitslebens ausgerichtet sein. In seiner Stellungnahme zum Thema *Die legale Einwanderung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels* (2010) ruft der Ausschuss zu einer ganzheitlichen Antwort auf den sozialen Wandel auf. Dabei sollte dem Bedarf Europas sowohl an hochqualifizierten als auch weniger qualifizierten Immigranten als Arbeitskräften Rechnung getragen werden, wenn es gilt, einem ernsthaften Arbeitskräftemangel vorzubeugen. Der Ausschuss bedauert, dass in der EU Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zunehmen. Das EU-Einwanderungsrecht muss nach Ansicht des EWSA die Gleichbehandlung auf der Grundlage des Diskriminierungsverbots garantieren.

Der EWSA fordert außerdem Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um mehr Frauen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Kinderkrippen mit professionellem Betreuungspersonal, berufliche Auszeiten aus familiären Gründen und Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger sind unerlässlich, wenn Frauen ihr Potenzial ganz ausschöpfen sollen. In seiner Stellungnahme *Die Rolle der Familienpolitik im demographischen Wandel* (2011) fordert der EWSA eine Politik, die Familien unterstützt, Kinderarmut bekämpft und es möglich macht, dass Frauen und Männer sich ihre Kinderwünsche erfüllen können, ohne sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen zu müssen. Im Hinblick auf dieses Ziel befürwortet der Ausschuss nachdrücklich den Vorschlag, 2014 zum Europäischen Jahr der Familie auszurufen.

Weitere Informationen

EWSA-Stellungnahmen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.opinions-search>

SOC/400 – Die demografische Entwicklung und der Arbeitsmarkt

SOC/373 – Legale Einwanderung und demografischer Wandel
SOC/399 – Familienpolitik und demografischer Wandel

Demografiebericht 2010 der Europäischen Kommission:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&furtherNews=yes&newsId=1007&catId=89>

Mitteilung der Europäischen Kommission:

Die Auswirkungen der demografischen Alterung in der EU bewältigen: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0180:FIN:DE:PDF>